

Kandidatur Jorinde Schulz

Berlin, den 24. November 2020

Liebe Genoss*innen,

seit 2015 mache ich gemeinsam mit euch Politik in Neukölln – in der Redaktion der Neuköllnisch und bei der S-Bahn-Vernetzung, im Vorstand und mit der Initiative Kein Generalverdacht, bei Kundgebungen und Veranstaltungen. Nun würde ich gerne als eure Kandidatin im Wahlkreis 2 für die Abgeordnetenhauswahlen 2021 antreten und hoffe auf eure Unterstützung!

Die Kieze des Wahlkreises sind durch widerständige Hausgemeinschaften, durch Vielsprachigkeit und eine solidarische Kultur geprägt. Hier einen Wahlkampf zu führen heißt für mich, unsere bestehenden politischen Initiativen weiterzuführen und auszubauen. Und es heißt, mit so vielen Menschen wie möglich ins Gespräch zu kommen: Um sie von unserem Wahlprogramm zu überzeugen, natürlich – aber vor allem davon, dass wir für sie kämpfen und uns mit ihnen organisieren, um den zynischen und ausbeuterischen Tendenzen der Zeit gemeinsam wach entgegenzutreten.

Im Norden Neuköllns ist die Brutalität von Verdrängungsprozessen allgegenwärtig. Für viele bedeutet Gentrifizierung eine existenzielle Notlage. Sie haben erlebt, wie ihr Haus verkauft wurde und plötzlich Mietsteigerungen oder Umwandlung in Eigentumswohnungen drohen. Das Vorkaufsrecht kann retten und reicht doch nicht aus. Als LINKE haben wir beim Thema Wohnen durch den Mietendeckel Vertrauen gewonnen. Darauf können wir bauen, um Menschen auch für die Enteignung großer Immobilienkonzerne zu gewinnen. Dieser Kampf bleibt die entscheidende soziale Frage, auch in den kommenden Jahren. Denn der Druck, Neuköllns Vielfalt und Energie als Kapitalanlage zu verwerten, ist hoch.

Ökologische Themen spielen für Neuköllner*innen eine große Rolle. Als LINKE haben wir Konzepte für eine sozial gerechte Klimawende in der Stadt: Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit guten Bedingungen für die Beschäftigten, Flächengerechtigkeit im Straßenland. Damit können wir das zahnlose Greenwashing der Grünen angreifen. Deren Weg, Hand in Hand mit der kapitalistischen Wirtschaft den Klimawandel anzugehen, geht auf Kosten derer, die wenig Geld haben. Beispielhaft für ihre pseudoökologische, neoliberale Politik steht die geplante Ausschreibung der Berliner S-Bahn. Die damit drohende Privatisierung ist ein Schlag ins Gesicht für Beschäftigte und Gewerkschaften. Klimafreundliche, gemeinwohlorientierte Verkehrsentwicklung wird zugunsten einer teuren Wettbewerbsbürokratie verspielt, welche die Gemeinschaft ihrer Infrastrukturen beraubt. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Klimaaktivist*innen haben wir im Bündnis Eine S-Bahn für alle gegen die Privatisierung gekämpft und auch die Debatte in unserem Landesverband nach links verschoben. Das Beharren auf die Verteidigung und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge jenseits privater Profitinteressen ist unsere Stärke – und ein Alleinstellungsmerkmal, das wir als LINKE auch mit Forderungen wie die Rekommunalisierung der Schulreinigung vertreten.

Die Gewalt rassistischer Strukturen ist für viele Neuköllner*innen spürbar. Sei es Ausgrenzung im Arbeitsleben, Bildungsbenachteiligung oder Polizeigewalt. Die Arbeit in der Initiative Kein Generalverdacht hat mir klar gemacht, wie eng die Verdrängungsprozesse im Bezirk mit Rassismus verschränkt sind. Die Schikane des migrantischen Gewerbes wird durch rassistische Kampagnen und einen autoritären Law-and-Order Ansatz gerechtfertigt. Als LINKE können wir Neuköllner*innen zeigen, dass wir uns gemeinsam mit ihnen gegen rassistische Zumutungen einsetzen. Und wir können die politische Agenda von rassistischen Ablenkungsdebatten auf den Kampf gegen soziale Misstände wie Armut oder Bildungsungerechtigkeit lenken.

Für bezahlbares Wohnen und die Rekommunalisierung von Wohnbeständen, für die sozialökologische Verkehrswende und für eine Stadt ohne rassistische Schikane durch Polizei und Behörden möchte ich mich auch im Abgeordnetenhaus einsetzen. Dabei sehe ich Sitzungswesen nicht als Selbstzweck. Sondern als Möglichkeit, Belange, welche die Menschen bewegen, durch die Verschaltung mit öffentlichen Debatten und Gesetzgebungsverfahren voranzubringen. Es gilt, parlamentarische Prozesse gründlich zu kennen, um radikale Forderungen möglich zu machen. Impulsgeberinnen sind Basis und Bewegung. Zu ihnen gehören wir und ihnen sind wir verpflichtet, niemals einer Politik der Sachzwänge. Durch die Verbindung der parlamentarischen Arbeit mit der Verankerung in Bewegungen können wir gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nach links verschieben.

Dabei denke ich, dass es in den nächsten Jahren zentral sein wird, zu verhindern, dass die Pandemie und ihre Folgen als Vorwand dienen, um die öffentliche Daseinsvorsorge weiter zu verheeren. Die bisherige Pandemie-Politik ist autoritär und ungerecht. Milliarden fließen in die Rettung großer Konzerne, Sicherheitsbehörden und Exekutive gewinnen zugunsten demokratischer Prozesse an Gewicht. Hier müssen wir als LINKE unsere Stimme dafür erheben, das sowieso kaputtgesparte Gesundheitswesen endlich aus der Profitlogik zu holen und Schulen, Gesundheitsämter und andere öffentliche Infrastrukturen durch eine bessere Ausstattung dazu zu befähigen, umsichtig mit der Pandemie und ihren Folgen umzugehen.

Ein paar Worte zu mir: Als Kind bin ich nach Kopenhagen gezogen und dort aufgewachsen. Auch wenn ich mittlerweile seit vielen Jahren in Berlin lebe, hat mich die Zeit in Dänemark tief beeinflusst. Die Erfahrung, in einem Land zu leben, wo Spitzensteuersätze über 70% und Kitaplätze für alle eine Selbstverständlichkeit sind, wo alle automatisch krankenversichert sind und alle das Recht auf ein rückzahlungsfreies Studienstipendium haben, prägt meine politische Perspektive bis heute. Gleichzeitig habe ich in Dänemark gesehen, wie seit der durch rechtspopulistische Kräfte gestützten neoliberalen Wende der oer Jahre das bewusste Verschieben von Debatten gen rechts binnen weniger Jahre zu einer unmenschlichen Migrationspolitik und rassistischen Rundumschlägen wie dem Abreißen ganzer, vermeintlich „parallelgesellschaftlicher“ Stadtteile geführt hat – die dann der Immobilienwirtschaft anheimgegeben werden. Das hat mir gezeigt, wie Entmietung und rassistische Ausgrenzung die rechte und linke Ohrfeige eines zunehmend autoritär auftretenden kapitalistischen Systems sind. Sensibilisiert hat mich das Aufwachsen in einem anderen Land außerdem für die Gewalt von Debatten, welche Vielsprachigkeit und ambivalente Identitäten abwerten.

Ich kandidiere natürlich auf der Grundlage der jüngst beschlossenen Neuköllner Mandatsträgervereinbarung – ich bin stolz, Teil eines Bezirksverbands zu sein, der solche Regelungen entwirft. Ich verspreche euch, dass ich all meine Überzeugungskraft und Phantasie dafür einsetzen werde, unseren Bezirksverband im Wahlkampf und im Abgeordnetenhaus kämpferisch zu vertreten. Über euer Vertrauen würde ich mich sehr freuen!

Jorinde Schulz

Jahrgang 89

*Studium der Musik, Philosophie & Politikwissenschaften | Freiberufliche Autorin
Arbeit für Literaturverlage, in einer Schauspielagentur, bei der Fraktion DIE LINKE
Neukölln. Derzeit Mitarbeit bei der Konzeption einer Ausstellung.*

Mitglied bei der LINKEN Neukölln & bei ver.di

